

Weiters haben die hohen direkten und indirekten Kosten des EU-Beitritts den Druck auf die Budgetsanierung wesentlich verstärkt. Die Beiträge sind jedoch als Investition zu betrachten, welche eine langfristig günstigere Entwicklung der österreichischen Wirtschaft sichert.

1.9. Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)

Die zeitgerechte Verwirklichung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion hat für Österreich hohe Priorität. Der Wegfall der Wechselkurschwankungen in Europa verringert nicht nur die Unsicherheiten für Investoren, sondern schützt Österreich auch vor weiteren Abwertungen wichtiger europäischer Handelspartner, die sich auch nachteilig auf die Beschäftigungssituation in Österreich auswirken. Allerdings ist auch im Zuge der nicht zuletzt zur Verwirklichung der WWU europaweit notwendigen Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung auf Beschäftigungseffekte und soziale Verträglichkeit zu achten. Im Sinne gesamtwirtschaftlicher Überlegungen und des gesellschaftlichen Zusammenhalts muß deshalb bei der Realisierung der WWU ein ausgewogenes Verhältnis zwischen monetären und realen Zielen (Wachstum, Beschäftigung) hergestellt werden.

Für Österreich ist es besonders wichtig, daß Italien, aber auch Schweden und Finnland, möglichst rasch Mitglied der WWU werden, damit die österreichische Industrie und Fremdenverkehrswirtschaft vor weiteren Abwertungen verschont bleiben. Der politische Entscheidungsspielraum bei den fiskalischen Konvergenzkriterien Staatsverschuldung und Budgetdefizit sollte daher genutzt werden, ohne jedoch die Konvergenzkriterien grundsätzlich in Frage zu stellen. Um ein wirtschaftliches, soziales und politisches Auseinanderdriften zwischen Teilnehmern und Nichtteilnehmern an der WWU zu verhindern, sind darüber hinaus Maßnahmen zu treffen, die zweitens bei der Stabilisierung unterstützen und ihnen eine Perspektive für ein möglichst rasches Nachkommen in die WWU bieten.

Der Beirat drängt weiters darauf, daß in der WWU der beschäftigungspolitische Spielraum voll genutzt wird. Heute leidet die europäische Wirtschaft auch unter der mangelnden Koordination der Wirtschafts- und Steuerpolitik. Die Länder versuchen, ihre Standortposition entweder durch Abwertungen („beggar-my-neighbour“-Politik) oder durch Lohn- und Sozialabbau sowie Steuersenkungen zu verbessern. Weitere Steuerharmonisierung in der EU wird notwendig sein, um den Steuerwettbewerb zu stoppen. Die WWU bringt die Chance, wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum, der auf nationaler Ebene verlorenging, auf europäischer Ebene – aufbauend auf die WWU – zurückzugewinnen.

1.10. Geldpolitik

Die Realzinssätze und das Wirtschaftswachstum in Europa haben sich auseinanderentwickelt. Um die Investitionstätigkeit und die Budgetsanierung zu erleichtern, sollten die Zinsen in Europa langfristig möglichst niedrig gehalten